

Der Blick auf Brüssel

Ihre AfD-Delegation im EU-Parlament
informiert über ihre Arbeit

Ausgabe 1 / Juli 2020





Liebe Leser,

gut ein Jahr ist es nun her, dass wir mit elf Abgeordneten ins EU-Parlament gewählt worden sind. Bereits im Vorfeld der EU-Wahlen arbeitete ich an der Gründung der neuen Fraktion „Identität und Demokratie“, der neben uns auch die italienische Lega, die französische Rassemblement National, die österreichische FPÖ und weitere patriotisch-freiheitliche Parteien aus insgesamt zehn Ländern angehören. Mit 76 Abgeordneten ist unsere Fraktion stärker als die der Grünen und die Zusammenarbeit gestaltet sich, trotz teils unterschiedlicher nationaler Interessen, sehr gut. Patrioten können auf internationaler Ebene zusammenarbeiten – die Fraktion „Identität und Demokratie“ ist ein guter Beleg hierfür.

Wir verteidigen die Freiheit, unser christlich-abendländisches Erbe und die Souveränität der Nationalstaaten. Wir stehen für eine schlanke und starke EU, die sich auf ihre Kernkompetenzen beschränkt und nur dort handelt, wo es nötig ist. Wir streiten für ein Europa freier Vaterländer, die ihre Identität und Demokratie schützen. Deshalb fordern wir in Brüssel und Straßburg eine sinnvolle Reform der Europäischen Union.

Einen Einblick in unsere Arbeit im ersten Jahr nach der Wahl liefert Ihnen die folgende Lektüre, zu der jeder einzelne unserer Abgeordneten einen Beitrag beigesteuert hat. Ich wünsche Ihnen hierbei viel Lesevergnügen, auch wenn die beschriebenen Missstände für die eine oder andere Zornesfalte sorgen könnten.

Ihr

Jörg Meuthen

Vorsitzender der AfD-Delegation im EU-Parlament



Foto: European Union, Marc Dossmann

Inhalt

Europäische Gemeinschaft Jörg Meuthen _____	4
Für mehr Realismus in der Europapolitik Maximilian Krah _____	6
Skandalöses von Ursula von der Leyen Markus Buchheit _____	8
Verschwendungssucht statt Sparsamkeit Joachim Kuhs _____	12
Recovery Fund _____	14
Engagiert und heimatverbunden Christine Anderson _____	16
EuGH schützt Geldwäscher und Terroristen Gunnar Beck _____	18
Wussten Sie, dass ...? Kosten des EU-Parlaments _____	21
Höhepunkte in Bildern _____	22
Orwell in Brüssel Lars Patrick Berg _____	24
Grenzenloser Irrsinn Nicolaus Fest _____	26
Green Deal und große Transformation Sylvia Limmer _____	28
Wussten Sie, dass ...? Ende des Verbrennungsmotors _____	31
Mangelnde Mitbestimmung Guido Reil _____	32
Fehlender Blick auf die eigenen Probleme Bernhard Zimniok _____	34
Fraktion „Identität & Demokratie“ _____	36



Foto: European Union, Matthieu Cugnot

Europäische Gemeinschaft

Gute europäische Zusammenarbeit in der Fraktion
„Identität und Demokratie“

von Prof. Dr. Jörg Meuthen

Die EU-Wahl liegt bereits ein Jahr zurück und in diesen Tagen feiert unsere Fraktion „Identität und Demokratie“ im Europäischen Parlament ihren ersten Geburtstag. Dabei können wir bisher auf eine sehr gelungene Zusammenarbeit mit unseren Freunden, etwa von der italienischen *Legge* oder dem französischen *Rassemblement National*, zurückschauen.

Wir kämpfen gemeinsam als konservative und freiheitliche Patrioten Europas gegen den EU-Zentralismus, für ein Europa der Nationalstaat-

von der Leyens und ihrer Mitstreiter hier in Brüssel zu erheben.

„Green Deal“ - von der Leyens Irrsinn

Da ist zunächst der „Green Deal“, mit dem die

Coronabonds sind finanzpolitisches Harakiri.



Foto: European Union, Emilie Gomez

Prof. Dr. Jörg Meuthen

Leiter der AfD-Delegation im EU-Parlament
Stellvertretender Vorsitzender der ID-Fraktion
Ausschuss für Wirtschaft und Währung
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (stellv.)
Haushaltsausschuss (stellvertretendes Mitglied)
Delegation für die Beziehungen zu Südafrika
Zuständig für Baden-Württemberg

ten und für die Interessen der Bürger und Steuerzahler. Die übrigen Parteien versuchen, uns auszugrenzen, doch ihnen dämmert mehr und mehr, dass sie die größte Oppositionsfraktion im EU-Parlament nicht einfach ignorieren können.

Bereits das erste Jahr unserer gemeinsamen Arbeit hat gezeigt, wie wichtig es ist, unsere Stimme gegen den ideologischen Irrsinn Frau

Kommission in blankem Aktionismus auf den unsäglichen Zug der Klimahysterie aufgesprungen ist und damit den Staaten der Union die wirtschaftliche und soziale Grundlage zu entziehen droht. Damit nicht genug, missbrauchen die Eurokraten nun die Coronavirus-Pandemie schamlos, um eine in dieser Dimension noch nie dagewesene Umverteilung von Norden nach Süden auf den Weg zu bringen.

A portrait of Jörg Meuthen, a man with grey hair and glasses, wearing a dark suit, white shirt, and blue tie. He is standing with his arms crossed in front of a modern building with large glass windows. The background is slightly blurred, showing an interior or exterior view of a building.

Gute europäische Zusammenarbeit in unserer Fraktion!



**IDENTITÄT &
DEMOKRATIE**

Jörg Meuthen

Eurobonds - finanzpolitisches Harakiri

Die Vergemeinschaftung von Schulden wird als „Wiederaufbauplan“ getarnt und heuchlerisch als „Solidarität“ angepriesen. Bundeskanzlerin Merkel bricht kaltschnäuzig ihr Versprechen, dass es mit ihr „weder Eurobonds noch Coronabonds“ geben wird. Unglaubliche 750 Mrd. Euro sollen großflächig mit der Geschenkgießkanne verteilt werden. Und das ohne Rechtsgrundlage, denn der EU ist aus sehr gutem Grund eine eigene Kreditaufnahme eigentlich untersagt. Frau von der Leyen interessiert sich dafür indes nicht und wirft mit dem Geld der Steuerzahler um sich, als ob es kein Morgen gäbe. Umso entschlossener stel-

len wir uns, als AfD im Europäischen Parlament, mit unserer Stimme der Vernunft gegen eine solche Verantwortungslosigkeit und dieses finanzpolitische Harakiri.



Mehr Realismus in der Europapolitik

Die Altparteien lassen in Brüssel jeglichen Einsatz für ihre deutschen Wähler vermissen.

von Dr. Maximilian Krah

Die EU hat in der Corona-Krise gezeigt, dass sie überflüssig ist. Als es ernst wurde, haben die Nationalstaaten gehandelt. Und auch nur weil es nationalstaatlich angeordnete Maßnahmen waren, wurden sie von den Bürgern, allen Zweifeln zum Trotz, akzeptiert. Wer lässt sich schon von der EU das Ausgehen verbieten?

Wer nun hoffte, dieser Praxistest würde zu einem Umdenken der EU-süchtigen Politiker führen, wird enttäuscht. Wie zu erwarten war,

schen Automobilindustrie bringen wird, sondern auch ein „Recovery-Programm“, um die ökonomischen Folgen der Corona-Maßnahmen in den Griff zu bekommen. Dieses ist 750 Milliarden Euro schwer, Deutschland zahlt davon über 185 Milliarden, also den Löwenanteil, und bekommt gerade einmal knapp 52 Milliarden raus. Das ist die EU: Deutschland macht Geschenke.

So wenig wie der „Green Deal“ Wohlstand schaffen wird, so wenig wird auch der



Dr. Maximilian Krah

Stellv. Leiter der AfD-Delegation im EU-Parlament

Ausschuss für Handel

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (stellv.)

Ausschuss für Verkehr und Tourismus (stellv.)

Ausschuss für Regionale Entwicklung (stellv.)

Delegation für die Beziehungen zu den USA

Zuständig für Sachsen und Sachsen-Anhalt

passen die Vertreter der etablierten Parteien nicht ihre Politik der Realität an, sondern versuchen sich im Gegenteil. Ihre Lösung: So viel Geld und Macht nach Brüssel, dass es in Zukunft auch klappt, wenn es ernst wird.

Recovery-Programm mit Milliarden

So gibt es jetzt nicht nur einen „Green Deal“, der den CO₂-Ausstoß auf Null reduzieren soll und damit unter anderem das Ende der deut-

Recovery Fund ökonomische Impulse setzen. Dazu sind beide viel zu sehr mit linker Ideologie beladen und durch die Bürokratie geformt. Auch das ist die EU: Das von Deutschland geschenkte Geld wird für linken Unsinn verschwendet.

Bis uns das Geld ausgeht

Margareth Thatcher sagte einmal über die damalige Europäische Gemeinschaft, sie werde



Maximilian Krah

Mehr Realismus in der Europapolitik!



**IDENTITÄT &
DEMOKRATIE**

so lange existieren, „bis den Deutschen das Geld ausgeht“. Dem Ziel bringen uns Merkel & Co. in Windeseile nahe: Schon heute ist das mittlere Haushaltsvermögen in Deutschland das niedrigste aller Euro-Länder, dafür ist bei uns die Steuerlast am höchsten. Würde Italien eine 20-prozentige Vermögensabgabe einführen, wären die Italiener immer noch wohlhabender und würden niedrigere Steuern zahlen als die Deutschen. Solidarität in der EU heißt: Die Ärmeren finanzieren die Reichen.

Deutsche Politiker sind überzeugt, dass Deutschland schwach sein muss, damit die EU, die sie für Europa halten, erfolgreich sein kann. Also nutzen sie jede Chance, Geld und Macht aus Berlin nach Brüssel zu transferieren. Für sie ist es Staatsraison, antideutsch zu sein. Bei Linken, Grünen und Sozialdemokraten erwartet man das, aber was ich hier von Unions- und FDP-Kollegen höre, erstaunt selbst mich – und ich bin bekanntlich desillusioniert, was die sogenannten bürgerlichen Parteien angeht.

Abgeordnete mit Verantwortungsbewusstsein

Für uns AfD-Abgeordnete bleibt die Aufgabe, der wolkigen EU-Rhetorik die Fakten entgegenzuhalten. Wir sind die Partei der harten, nüchternen, nachprüfbaren Vernunft. Wir gehen in die Sache, zeigen die Widersprüche auf und erinnern an die Verantwortung der Abgeordneten für ihre Wähler, nicht für wohlklingende Ideen. Es ist ein Bohren dicker Bretter, aber es ist der einzige Weg, wenn wir nicht darauf warten wollen, dass den Deutschen das Geld ausgeht – und wenn es erst dazu kommen muss, dann sind wir immerhin diejenigen, die vorbereitet sind.

Denn eines ist sicher: keine Katastrophe, keine Krise und kein Konflikt kann stark genug sein, um den blinden Glauben von Links über Grün bis zur Union an die alleinseligmachende Kraft der EU zu erschüttern. Aber die Realität kann den Glauben der Wähler an Links über Grün bis zur Union erschüttern, wenn eine glaubwürdige, kompetente und sympathische Alternative bereit steht. Das ist unsere Aufgabe, in Brüssel wie in Berlin.



Skandalöses von Ursula von der Leyen

Einsatz für deutsche Interessen gibt es nur von uns.

von Markus Buchheit

Brüssel ist fern – aber mit ihren Verordnungen herrscht die EU bis in jeden Haushalt. Deshalb ist es wichtig, auch hier aktiv mitzuwirken, die Politik zum Wohle Deutschlands zu gestalten. Bereits seit 2014 war ich als Berater am EU-Parlament tätig, seit 2019 bin ich nun selbst Abgeordneter. Meine Arbeitsschwerpunkte liegen auf Fragen des Internationalen Handels, der Industriepolitik sowie des Verbraucherschutzes auf EU-Ebene.

konnte so die weitere Umsetzung der EU-Industriestrategie zu einem Kernthema der künftigen deutschen EU-Ratspräsidentschaft gemacht werden. Ähnliche Funktionen hatte ich auch in meinen Ausschüssen.

Undemokratisches Verhalten der Blockparteien

Der Cordon sanitaire kann für Demokraten nichts anders sein als ein ausgesprochenes



Foto: Andreas Plotzicka

Markus Buchheit

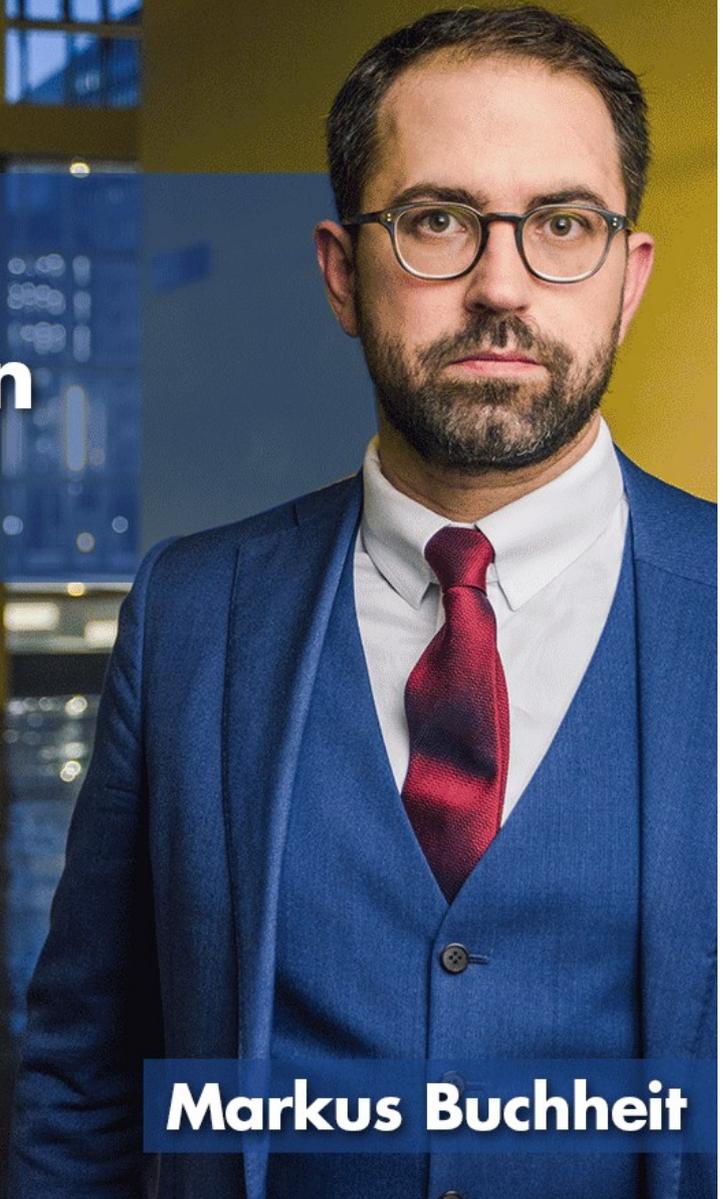
Stellv. Leiter der AfD-Delegation im EU-Parlament
Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
Petitionsausschuss
Ausschuss für Internationalen Handel (stellv.)
Delegation im Gemischten Parlamentarischen Austausch EU-Chile
Zuständig für Bayern und Rheinland-Pfalz

Moderne europäische Industriepolitik

Erst kürzlich ist mir ein echter Coup gelungen: Als INTA-Berichterstatter für eine Stellungnahme zur EU-Industriestrategie konnte ich nicht nur eine erfolgreiche Initiative für eine moderne europäische Industriepolitik mit auf den Weg bringen. Ich konnte mit diesem Erfolg auch den von den europäischen Blockparteien ausgerufenen Cordon sanitaire durchbrechen, der eigentlich eine völlige Blockade der ID-Fraktion vorsieht. Gleichzeitig

Ärgernis. Den 76 ID-Abgeordneten stehen rein rechnerisch 10 % der Ausschusssitze und sonstige repräsentative Funktionen im EU-Parlament zu. Damit sind zwei Ausschussvorsitzende, acht Vize-Ausschussvorsitzende in den Kommissionen und Ausschüssen sowie ein Vize-Präsidentenposten des EU-Parlamentes gemeint, die in jedem Fall von Mitgliedern der ID-Fraktion nach den Usancen des Parlamentsbetriebes hätten besetzt werden müssen. Noch immer blockieren die anderen Fraktio-

Skandalöses von Ursula von der Leyen!



**IDENTITÄT &
DEMOKRATIE**

Markus Buchheit

nen diesen an sich legitimen Vorgang und entrichten damit mehrere Millionen Wähler. Dieser Demokratieblockade stellen wir uns aktiv entgegen.

In der EU läuft einiges schief

Aber neben der Sacharbeit in den Ausschüssen und im Plenum geht es auch darum, der EU und den Eurokraten auf die Finger zu schauen. Denn in der EU läuft einiges schief – und zwar nicht erst seitdem man mit Ursula von der Leyen deutsches „Spitzenpersonal“ dorthin entsandt hat. Nachdem sie als Vertei-

digungsministerin die Bundeswehr zerlegt hat, muss durch ihren „Green Deal“ als nächstes

Altparteien verweigern der AfD ihre parlamentarischen Rechte

die europäische Industrie dran glauben – und damit der Wohlstand der Europäer. Hier set-

zen wir uns vehement gegen dieses ökosozialistische Planwirtschaftsszenario ein, das in der Deindustrialisierung Europas münden wird. Hinzu kommen meiner Meinung nach große Unwägbarkeiten bei der Finanzierung des planwirtschaftlichen Vorhabens, das zusätzlich unausgelegene e-Mobilitätskonzepte fördert, die kohlebasierten Energiemixe bestimmter Mitgliedsländer in Frage stellt und damit die europäische Wirtschaft nachhaltig schwächt, anstatt sie konkurrenzfähig zu halten.

Autoindustrie akut bedroht

Die ohnehin krisengeschüttelte Autoindustrie erhält über die ökologischen Vorgaben im Zuge des „Green Deal“ einen weiteren existenz-

suchungsausschuss verantworten musste, war es nur eine Frage der Zeit, wann sie in Brüssel ihren Berater-Amigos zu Wohlstand verhelfen würde. Als einer der ersten habe ich auf den neuen Berater-skandal von der Leyens hingewiesen. Diese hatte zuvor die amerikanische Finanzberatungsfirma BlackRock dazu verpflichtet, bei der Finanzierung des „Green Deal“ beratend zu helfen – immerhin müssen bis 2050, dem Jahr des „klimaneutralen Europas“, mindestens 1 Billion Euro gestemmt werden. Das ist skandalös, weil BlackRock nicht nur schon beim An- und Verkauf griechischer Staatsanleihen 2012 und beim Bankenstresstest 2014 eine äußerst fragwürdige Rolle spielte. BlackRock ist als Investor direkt an zahlreichen Firmen beteiligt, die vom steuerfinanzierten Füllhorn des „Green Deal“ unmittelbar profitieren würden.

BlackRock berät Ursula von der Leyen beim „Green Deal“.

bedrohenden Hemmschuh. Ein weiterer Kritikpunkt sind die ungeheuren Finanzmittel, die zur Bewältigung der Corona-Krise ausgegeben werden müssen, ohne dass die Kommissionführung ihre exorbitanten „Green Deal“-Pläne in Frage stellt. Stattdessen wird für aufgenommene Schulden eine Haftungsunion aufgebaut, die zu Lasten der stabileren nördlicheren EU-Mitgliedsstaaten führt. Eine irrsinnige Bedrohung vor allem für die Deutschen.

Von der Leyens nächster Berater-skandal

Nachdem die undemokratisch ins Amt gehievte Kommissionpräsidentin von der Leyen bereits als Verteidigungsministerin das Geld der Steuerzahler für externe Beraterfirmen hinauswarf und sich deshalb sogar vor einem Unter-



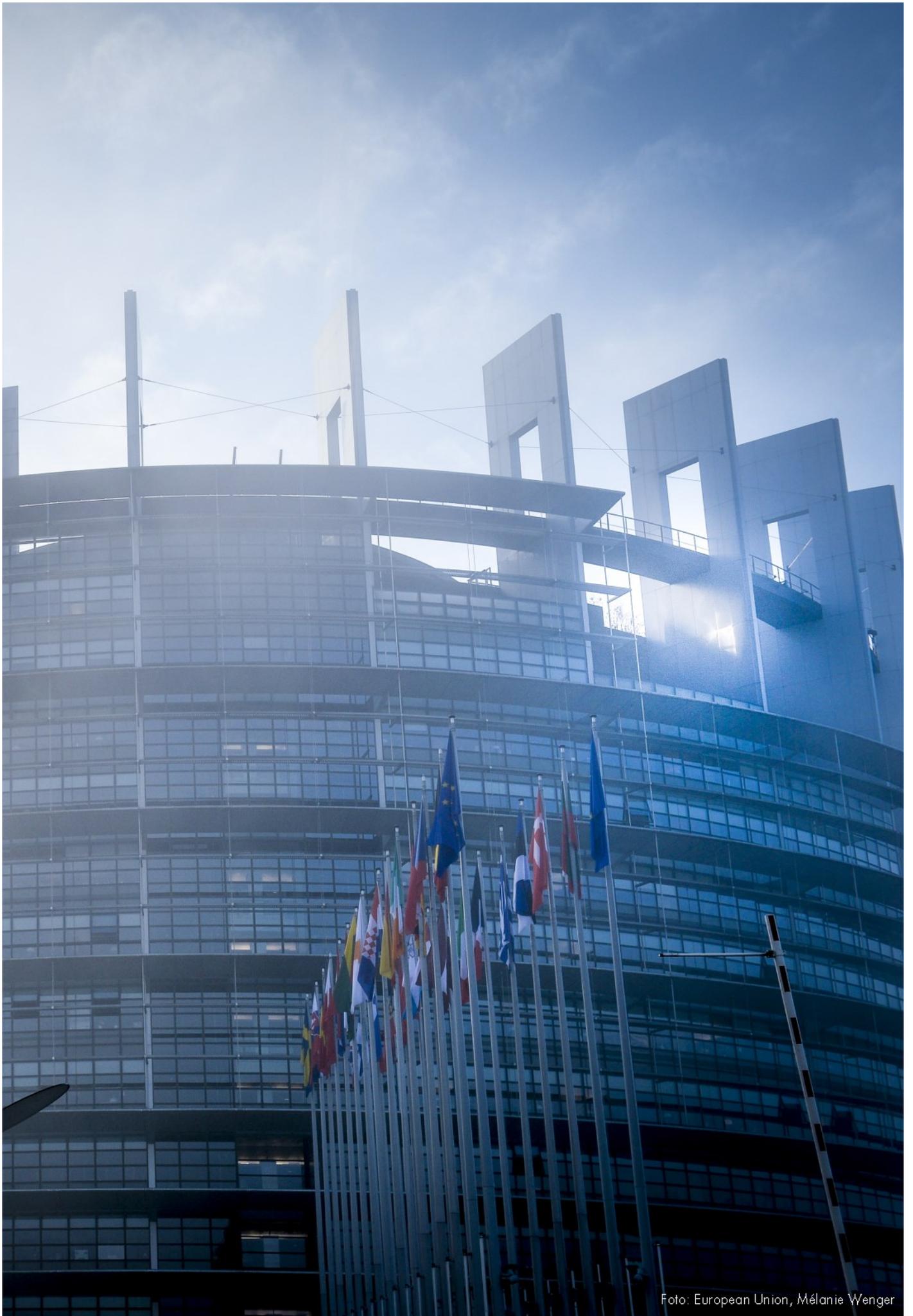


Foto: European Union, Mélanie Wenger

Verschwendungssucht statt Sparsamkeit

Kritische Blicke auf das EU-Budget

von *Joachim Kuhs*

Wenn beispielsweise irgendwo innerhalb der EU Waldbrände wüten, setzen sich die Abgeordneten von CDU/CSU und anderen Parteien in Bewegung: Die EU braucht unbedingt 13 Löschflugzeuge. Wahrscheinlich sollen die dann der EU-Katastrophenschutzinheit mit dem sinnigen Namen „RescEU“ zugeteilt werden. „RescEU“ hat bereits eine Zentrale mit dazugehöriger Bürokratie. Waldbrände in Schweden werden trotzdem mit Unterstützung der polnischen Feuerwehr bekämpft. Und bei Erdbeben in Italien leisten die Rotkreuzorgani-

Noch mehr Macht für Brüssel?

Die EU nutzt Krisen und Katastrophen, um sich noch mehr Zuständigkeit und Macht anzueignen. Das ist natürlich sehr budgetrelevant. Der Steuerzahler blecht Länge mal Breite. Insbesondere die deutschen Steuerzahler. Als Mitglied im Budgetausschuss des EU-Parlaments erlebe ich die Verschwendungssucht hautnah mit. Von den 79 Abgeordneten im Budgetausschuss haben in der aktuellen Wahlperiode kaum zehn einen ernstzuneh-



Foto: privat

Joachim Kuhs

Schatzmeister der AfD-Delegation im EU-Parlament

Haushaltsausschuss

Haushaltskontrollausschuss

Delegation für parlamentarische Kooperationen mit Armenien, Georgien und Aserbaidschan

Zuständig für Baden-Württemberg

sationen der Nachbarstaaten aufopferungsvoll Hilfe.

Deutsche Feuerwehren und THW helfen weltweit. Freundschaftliche Unterstützung durch Nachbarn ist dem Frieden definitiv zuträglich, wie RescEU. Wer entscheidet, wo sie eingesetzt wird? Würden im Katastrophenfall nur „brave EU-Staaten“ in den Genuss von RescEU kommen? Wird RescEU auch ehrenamtlich arbeiten? Glaube kaum ...

menden Fokus auf Sparsamkeit und „wirtschaftlichen“ Einsatz der Steuergelder. Oft komme ich mir beinahe im biblischen Sinn als einsamer Rufer in der Wüste vor und verrete dort im Auftrag der AfD-Wähler hartnäckig die Minderheitsposition. Komisch wird es, wenn ich und somit auch meine Wähler dem Vorwurf ausgesetzt werden, gut haushalten sei populistisch.

A portrait of Joachim Kuhs, a middle-aged man with a grey beard and glasses, wearing a dark suit, a light blue shirt, and a dark tie. He is smiling slightly and looking towards the camera. The background is a blurred indoor setting with yellow and blue tones.

Joachim Kuhs

EU-Haushalt ist verschwendungs- süchtig!



Anerkennung im Ausschuss

Positiv anders und teilweise recht kollegial gestaltet sich meine Arbeit im Haushaltskontrollausschuss. Dort ist mein Fachwissen, das ich mir im Laufe meines Berufslebens in der Finanzkontrolle des Landes Baden-Württemberg aneignen durfte, breit anerkannt. Meine Ratschläge werden dort gehört und fließen teil-

**Die EU nutzt
Katastrophen, um
sich noch mehr
Macht anzueignen.**

weise in Beschlüsse mit ein. Bereits im letzten Jahr wurde ich mit der Erstellung des Jahresberichtes für die Entlastung der EU-Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF betraut. Eine herausfordernde Arbeit, bedenkt man, dass geschätzt 10 % der EU-Gelder korrupt und missbräuchlich verwendet werden. Auch das ist ein gutes Argument für eine schlankere EU, das sich in Diskussionen verwenden lässt.

Für mehr Debatte

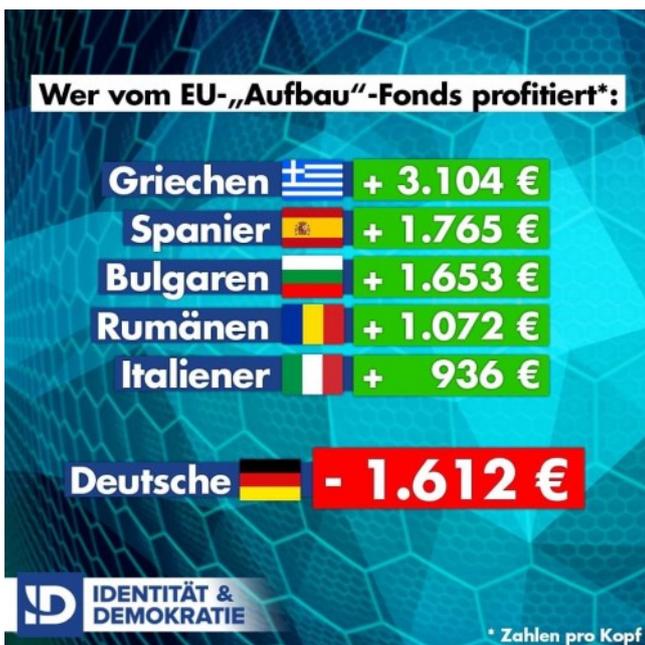
In Gesprächen mit Wählern erwähne ich oft die fehlende echte Debatte im EU-Parlament. Gewöhnliche Rededauer ist eine Minute. Viel zu kurz, um Meinungen gut darzulegen. Schon deshalb sind die Stuhlreihen während der Debattenzeiten kaum belegt. Durch Covid-19 bedingte Mindestabstände und Sitzungsverkürzungen schwindet auch noch das letzte Restchen an demokratischer Legitimation.



Recovery Fund

Am Ende zahlen wieder wir Deutsche

Als der Recovery Fund vorgestellt wurde, kolportierten die Mainstreammedien zunächst falsche Zahlen, die nach einem kurzen Blick unsere Mitarbeiter skeptisch werden ließen. Sie blätterten ein wenig in gut versteckten Dokumenten der Kommission herum und fanden dort auf einer der hinteren Seiten, was der Recovery Fund uns Deutsche netto tatsächlich kosten würde. Unsere Delegation startete eine kleine Aufklärungskampagne, wenige Wochen später übernahmen die Medien diese Zahlen. Ein schöner Erfolg!



Nur ändert dieser Erfolg leider nichts am schlimmen Vorhaben dieses Fund, der im EU-Jargon als „Akt der Solidarität“ gepriesen wird: Es zeigt sich erneut, dass nach dem Verständnis der EU-Kommission Solidarität eine Einbahnstraße ist.



Schauen Sie dazu unseren Animationsfilm „**Gunnar Beck. So werden Sie von der EU ausgenommen!**“ auf Youtube.

<https://www.youtube.com/watch?v=0xZuEC9fpQY>



In unserer neuen Talkshowreihe aus dem EU-Parlament moderiert unser Pressesprecher Tomasz Froelich ein Gespräch mit Prof. Dr. Jörg Meuthen und dem Finanzexperten Dr. Markus Krall unter dem Titel „**Der Blick auf Brüssel #1: Was passiert mit unserem Geld?**“. <https://www.youtube.com/watch?v=UriqBbQZCc&t=>



Quelle:

<https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/assess-ment-of-economic-and-investment-needs.pdf>

(Seite 51)

Die Bilanz des Recovery Fund

Profiteure:

1.	Spanien	+ € 82,2 Mrd.
2.	Italien	+ € 56,7 Mrd.
3.	Polen	+ € 36,0 Mrd.
4.	Griechenland	+ € 33,4 Mrd.
5.	Rumänien	+ € 21,0 Mrd.
6.	Portugal	+ € 20,1 Mrd.
7.	Kroatien	+ € 12,1 Mrd.
8.	Bulgarien	+ € 11,7 Mrd.
9.	Slowakei	+ € 9,9 Mrd.
10.	Ungarn	+ € 7,3 Mrd.
11.	Litauen	+ € 4,1 Mrd.
12.	Lettland	+ € 3,6 Mrd.
13.	Slowenien	+ € 1,2 Mrd.
14.	Zypern	+ € 1,1 Mrd.
15.	Estland	+ € 0,7 Mrd.
16.	Malta	+ € 0,1 Mrd.

Pro Kopf profitieren diese Länder:

1.	Griechenland	+ € 3.104
2.	Kroatien	+ € 2.930
3.	Portugal	+ € 1.953
4.	Lettland	+ € 1.856
5.	Slowakei	+ € 1.820
6.	Spanien	+ € 1.765
7.	Bulgarien	+ € 1.653
8.	Litauen	+ € 1.449
9.	Zypern	+ € 1.294
10.	Rumänien	+ € 1.072
11.	Polen	+ € 948
12.	Italien	+ € 936
13.	Ungarn	+ € 746
14.	Slowenien	+ € 580
15.	Estland	+ € 530
16.	Malta	+ € 213

Diese Länder „dürfen“ zahlen:

17.	Tschechien	- € 0,6 Mrd.
18.	Luxemburg	- € 3,4 Mrd.
19.	Finnland	- € 7,7 Mrd.
20.	Dänemark	- € 12,2 Mrd.
21.	Belgien	- € 13,5 Mrd.
22.	Österreich	- € 14,0 Mrd.
23.	Irland	- € 15,7 Mrd.
24.	Schweden	- € 16,6 Mrd.
25.	Niederlande	- € 31,0 Mrd.
26.	Frankreich	- € 52,3 Mrd.
27.	Deutschland	- € 133,3 Mrd.

Während die Bevölkerung in diesen Ländern pro Kopf belastet wird mit:

17.	Tschechien	- € 57
18.	Frankreich	- € 779
19.	Belgien	- € 1.187
20.	Finnland	- € 1.397
21.	Österreich	- € 1.589
22.	Deutschland	- € 1.612
23.	Schweden	- € 1.648
24.	Niederlande	- € 1.810
25.	Dänemark	- € 2.114
26.	Irland	- € 3.264
27.	Luxemburg	- € 5.667

Und all das, obwohl wir in Deutschland die höchsten Steuern und fast die geringsten Rentenniveaus und Medianvermögen in der EU haben.

Engagiert und heimatverbunden

Erfolge trotz parlamentarischer Blockaden der Altparteien

von *Christine Anderson*

Seit nunmehr einem Jahr befinde ich mich zusammen mit meinen hoch geschätzten Kollegen der AfD-Landesdelegation als Teil der ID-Fraktion auf unserer gemeinsamen Mission im EU-Parlament. Von Anfang an war mir klar, dass dieses reine Fürbitten-Parlament mangels eigener faktischer Gesetzgebungskompetenz nichts weiter ist, als das verschämte Feigenblatt für eine ansonsten in einer heuchleri-

sein, weshalb uns als Mitglieder der Fraktion „Identität & Demokratie“ – von den schon länger hier Sitzenden – vom ersten Tag an Steine in den Weg gelegt und Knüppel zwischen die Beine geworfen werden.

Dies beginnt bei der obligatorischen Verweigerung von Ausschussvorsitzen sowie der grundsätzlichen Ablehnung all unserer Anträ-



Christine Anderson

Koordinatorin der ID-Fraktion im Ausschuss für Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter

Koordinatorin der ID-Fraktion im Ausschuss für Kultur und Bildung

Sonderausschuss Künstliche Intelligenz

Ausschuss für Binnenmarkt (stellvertretendes Mitglied)

Zuständig für Hessen

schen Demokratiesimulation lebenden, völlig realitätsfernen Kaste von entrückten und gesinnungsethischen Weltenrettern.

Wir, die auf nationalstaatliche Souveränität und transparente demokratische Prozesse pochenden EU-Abgeordneten der AfD, bringen frischen Wind in diese bürgerferne Brüsseler Bussi-Bussi-Gesellschaft und stören damit die einträchtigen Abläufe dieses sogenannten EU-Parlaments in ihrer etablierten Ruhe.

Tricksereien gegen die AfD

Dies dürfte sodann auch der Grund dafür

ge, selbst dann, wenn der Wortlaut sogar aus den Formulierungen der UN-Menschenrechts-Charta stammte. Es geht weiter mit Tricksereien bei der Berichtsvergabe und falls es gar nicht anders geht, wird auch gerne einmal kurzerhand die Geschäftsordnung spontan uminterpretiert - oder diese gleich völlig ungeeignet einfach direkt übergangen.

Und zu guter Letzt hat sich mit Einführung der coronabedingten Distanzsitzungen eine ganz neue Möglichkeit für das Parlaments-Establishment ergeben: Anträge oder Einwän-



Christine Anderson

Erfolge trotz Blockaden der Altparteien!



de seitens der ID-Fraktion werden einfach ignoriert, unter dem Verweis auf eine angeblich schlechte Verbindungsqualität oder allgemeine technische Störungen.

AfD-Teamwork

Insofern ist es gerade unter den gegebenen Umständen besonders wichtig, dass wir umso enger beieinander stehen und unsere Reihen fest geschlossen halten. Als einen großen Gewinn für unsere Arbeit hier in Brüssel betrachte ich daher den kollegialen und freundschaftlichen Umgang, der unter uns elf EU-AfD'ern herrscht. So gelingt es uns immer wieder auch ressortübergreifend miteinander zu arbeiten und so im besten Sinne des Wortes gemeinsam kräftig an einem Strang zu ziehen.

Als Beispiel und ohne Anspruch auf Vollständigkeit möchte ich hier etwa die gute Zusammenarbeit mit Gunnar Beck zum Thema Bargeld nennen, mit Guido Reil im Hinblick auf Fragen an die Kommission zur weiblichen Genitalverstümmelung, welcher mitgetragen wurde von Jörg Meuthen, Joachim Kuhs, Sylvia Limmer, Bernhard Zimniok und Nicolaus Fest oder auch die Anfrage mit Lars Patrick Berg zum Thema Kinderehen in Europa.

Von daher kann es eigentlich gar nicht verwundern, dass sich beispielsweise in der Rubrik „individuelle Entschließungsanträge“ auf den Plätzen 1 bis 10 des MEP-Rankings ausschließlich Abgeordnete der AfD-Fraktion das Spitzenfeld teilen. So muss das sein und so macht AfD auch Spaß!

Heimatverbunden

Ein mindestens ebenso großes und herzliches Dankeschön geht aber auch raus an alle Delegierten des EU-Parteitages in Magdeburg, die mich dort im Dezember 2018 auf Platz 8 der Liste wählten und mir so ihr Vertrauen ausgesprochen haben, hier im EU-Parlament im Sinne der gesamten AfD und somit auch untrennbar verbunden im Sinne unserer Heimat, unseres Vaterlandes und unserer Bürger mit aller Kraft zu versuchen, etwas Positives für Deutschland zu bewirken.

Daher betrachte ich meine Arbeit hier vor Ort als Vollzeitjob mit hoher Verantwortung gegenüber unserem Land und unseren Wählern und werde mich daher auch weiterhin – ohne Wenn und Aber – für diese ebenso wichtige, wie auch herausfordernde Mission uneingeschränkt einsetzen. Dafür stehe ich   mit meinem Namen!

Europäischer Gerichtshof schützt Geldwäscher und Terroristen

Fragwürdiges Urteil gegen ungarisches Geldwäschegesetz

von Dr. Gunnar Beck

Am 18. Juni 2020 erlebten wir erneut eine „Tarnkappengesetzgebung“ des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), als er entschied, dass das ungarische Gesetz, das die Transparenz der ausländischen finanziellen Unterstützung für sogenannte Zivilgesellschaftorganisationen vorschreibt, gegen die EU-Vorschriften verstößt.

EuGH-Urteil gegen Ungarn

Der EuGH entschied, dass die Transparenz-anforderungen diesen Organisationen

Gesetze zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verabschiedet. Das Bankgeheimnis und die Einzahlung von nicht deklariertem Geld werden in der EU inzwischen abgeschafft, und die Meldepflichten für Banken und Finanzintermediäre haben sich in den letzten Jahren verschärft. Die Finanzierung von non-profits, vor allem NGOs, ist jedoch ein blinder Fleck der europäischen und nationalen Gesetzgeber geblieben. Nach der kürzlich verabschiedeten „Fünften Richtlinie zur Bekämpfung der



Foto: European Union, Dominique Hommel

Dr. Gunnar Beck

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Rechtsausschuss

Ausschuss für konstitutionelle Fragen (stellvertretendes Mitglied)

Delegation im Austausch für parlamentarische Kooperation EU-Russland

Zuständig für Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen

diskriminierende, ungerechtfertigte und unnötige Beschränkungen auferlegten, was gegen Artikel 63 AEUV, den sogenannten freien Kapitalverkehr, und Artikel 7, 8 und 12 der EU-Grundrechte-Charta verstößt.

Nur geringfügige Offenlegungsvorschriften für NGOs

Die EU hat in den letzten Jahren solide

Geldwäsche“ sind NGOs sogenannte „nicht verpflichtete Unternehmen“, was bedeutet, dass sie als Kunden von Banken und anderen verpflichteten Unternehmen wie Anwälten und Buchhaltern unabhängig davon nur geringfügig Offenlegungsvorschriften unterliegen, wie viel Geld sie in die EU und über den Binnenmarkt fließen lassen. Das ist umso bemerkenswerter, als Europol und Eurojust,

Europäischer Gerichtshof schützt Geldwäscher und Terroristen!



**IDENTITÄT &
DEMOKRATIE**

Gunnar Beck

beide EU-Agenturen, zu dem Schluss gekommen sind, dass solche Organisationen im Rahmen der Bekämpfung der Geldwäsche sogenannte „gefährdete Subjekte“ sind.

Kritik vom Rechnungshof

Der Europäische Rechnungshof, eine weitere wichtige EU-Institution, fordert den EU-Gesetzgeber bereits seit vielen Jahren auf, eine formelle Definition von NGOs anzunehmen, da das Fehlen einer solchen Definition die Bemühungen zur wirksamen Regulierung der Transparenz und der steuerlichen

Rechenschaftspflicht von NGOs vereitelt.

EU blieb untätig

Seit Jahren hat die EU keine Initiative in diese Richtung vorgeschlagen, obwohl es zahlreiche Beweise aus verschiedenen Mitgliedstaaten gibt, dass bestimmte gemeinnützige Organisationen, hauptsächlich Moscheen und andere internationale islamische Organisationen, während der letzten Jahrzehnte maßgeblich zur Finanzierung des islamischen Terrorismus in der gesamten EU beigetragen haben.

Lobenswerte Initiative Ungarns

Die ungarische Regierung versuchte, gegen diese gesetzgeberische Nachlässigkeit zu agieren, und legte ein ehrgeiziges Gesetz vor, das ähnliche Transparenzanforderungen für den Zufluss von ausländischem Geld für gemeinnützige Organisationen wie für Banken auferlegte.

Fragwürdiges Urteil des EuGH

Das Urteil ist aus mehreren Gründen eigenartig. Erstens entschied der EuGH, dass das ungarische Recht gegen Artikel 63 Absatz 1 AEUV verstößt, der den freien Kapitalverkehr zwischen Mitgliedstaaten sowie zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern festlegt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der freie Kapitalverkehr nicht eingeschränkt werden kann. Artikel 65 Absatz 1. b) AEUV ermächtigt die Mitgliedstaaten, den freien Kapitalverkehr einzuschränken, wenn es aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder der öffentlichen Sicherheit gerechtfertigt ist. Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung werden als gerechtfertigte Beschränkungen akzeptiert, aber der Gerichtshof entscheidet überraschenderweise, dass Ungarn in diesem Fall nicht nachgewiesen hat, dass seine Transparenzanforderungen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung tatsächlich wirksam bekämpfen. Dies ist insofern bemerkenswert, als ähnliche Transparenzanforderungen für Banken und Finanzintermediäre allgemein als wirksame Instrumente im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung gelobt werden. Der Gerichtshof scheint eine Doppelmoral anzuwenden, die eine höhere Beweislast für die Mitgliedstaaten erfordert, um dem non-profit Sektor Transparenz aufzuerlegen, als dem for-profit Sektor.

Geldwäsche soll keine ernsthafte Bedrohung sein?

Zweitens stellt der Gerichtshof in den Paragraphen 91 bis 94 ausdrücklich fest, dass der

Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung an sich keine echte, gegenwärtige und hinreichend ernsthafte Bedrohung für ein grundlegendes Interesse der Gesellschaft darstellt. Der Gerichtshof stützt sich auf die niedrigen finanziellen Schwellenwerte des ungarischen Transparenzgesetzes von etwa 1.500 Euro pro Geber, die nach dem Urteil „nicht mit einem Szenario einer hinreichend ernsthaften Bedrohung eines Grundinteresses an der Gesellschaft zu korrespondieren scheinen“. Durch dieses Urteil bewertet das Gericht den Geldwert einer hinreichend ernsthaften Bedrohung - und legt ihn daher gesetzlich fest, obwohl man mit nur einem Bruchteil von 1.500 Euro eine do-it-yourself Bombe bauen könnte. Der Gerichtshof verweist sogar auf einen Fall gegen die Scientology-Kirche. Ich sehe jedoch keine Analogie zwischen einem religiösen Kult und Personen wie Soros, die ihre internationalistische Agenda gegen den Willen ihres Volkes auf die Mitgliedstaaten übertragen, oder Salafismus.

EuGH sendet gefährliches Signal an Terroristen

Zusammenfassend ist der EuGH an der Präferenzbehandlung von NGOs durch die EU im Rahmen der Verhütung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung beteiligt. Es sendet ein Signal an Terroristen weltweit, dass non-profit Organisationen ein sicheres Instrument sind, um legal Geld zu waschen und Terror innerhalb der EU zu finanzieren ... zumindest vor allem durch kleinere Spenden. Diese besondere Entscheidung ist eine weitere peinliche Erinnerung daran, dass die EU und ihre sogenannte unparteiische Justiz den Mitgliedstaaten nicht erlauben werden, ihre nationalen Interessen zu verteidigen.



Wussten Sie, ...

... dass das EU-Parlament mehr als doppelt so teuer ist wie der Bundestag?

Das EU-Parlament möchte sein Budget für das kommende Jahr um 2,54 Prozent erhöhen - deutlich über der von Eurostat ermittelten Inflationsrate. Es soll künftig 2.090.467.628 Euro betragen.

Trotz Brexit. Trotz der damit einhergehenden Verkleinerung des EU-Parlaments (705 statt 751 EU-Abgeordnete). Trotz Corona. Trotz der jetzt notwendigen Solidarität mit den Bürgern Europas, von denen viele vor dem wirtschaftlichen Ruin stehen. Dies ist ein weiterer Beleg für die Bürgerferne weiter Teile der Brüsseler Eurokraten.

Auch im internationalen Vergleich stehen die hohen Kosten des EU-Parlaments in keiner Relation: Der Deutsche Bundestag kostet dieses Jahr rund 951.029.000 Euro. Das entspricht 1.341.367 Euro pro Abgeordneten. Ein EU-Abgeordneter hingegen würde künftig im Schnitt mehr als das Doppelte kosten (2.993.571 Euro).



Das liegt vor allem an unnötigen Kosten: Den zahlreichen Gebäuden, von denen viele lange Zeit leer stehen. Dem Aufwand für Übersetzungen. Dem Wanderzirkus von Brüssel nach Straßburg, der allein schon einen dreistelligen Millionenbetrag pro Jahr kostet.

Unser Haushaltsexperte Joachim Kuhs dazu: „Budgetpolitisch zeigt sich, dass es sinnvoll ist, Gesetzgebung auf nationaler Ebene stattfinden zu lassen, und nicht dort, wo es besonders teuer ist. Auch hier gilt es Subsidiarität zu stärken.“

Höhepunkte in Bildern



April 2019

Jörg Meuthen gibt zusammen mit Matteo Salvini die Gründung einer neuen gemeinsamen Fraktion im EU-Parlament bekannt.



Mai 2019

Wahlkampfabschluss in Mailand. Jörg Meuthen ist Gast von Matteo Salvini bei der Veranstaltung der italienischen Lega.

Mai 2019

Wahlparty. Christine Anderson, Bernhard Zimmok, Jörg Meuthen und Nicolaus Fest feiern das Wahlergebnis in Berlin zusammen mit Parteifreunden.





Juni 2019

Pressekonferenz in Brüssel von Jörg Meuthen zusammen mit Marine Le Pen und Marco Zanni zur Konstituierung der neuen Fraktion „Identität & Demokratie“.

Juli 2019

Guido Reil begrüßt seine ehemaligen Kumpel aus dem Bergbau im Ruhrgebiet im EU-Parlament.



Januar 2020

Unsere Abgeordnete Christine Anderson feiert in London die Brexit-Abstimmung zusammen mit Nigel Farage von der britischen UKIP-Partei.



Orwell in Brüssel

Ein entlarvender Bericht aus dem Ausschuss

von *Lars Patrick Berg*

„1984“ war eine Warnung, keine Anleitung. Doch in einer Sitzung, die an George Orwells bekannte Dystopie erinnert, stimmte das EU-Parlament im Juni für die Einrichtung eines „Ausschusses für Desinformation“, der eine angebliche Einmischung in die EU-Wahlen untersuchen sollte, in Wirklichkeit aber versucht, die politische und politisch korrekte Erzählung in Brüssel vorzugeben. Das hat ein wenig etwas vom „Wahrheitsministerium“.

Kritik wird verboten

Die Resolution, mit der dieser Ausschuss eingesetzt wurde, bezweifelt sogar die Legitimität des Hinterfragens sogenannter „europäischer

ist und dass „böartige“ Staaten wie Russland und China versuchen, einen starken, vereinigten Bundesstaat Europa zu untergraben. Es sind dieselben Leute, die Regeln und

Das Hinterfragen „europäischer Ziele“ soll unterbunden werden.

Verfahren entwickeln, um sicherzustellen, dass Parteien wie die AfD nicht angehört und an



Lars Patrick Berg

Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten

Ausschuss für Menschenrechte

Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (stellv.)

Delegation für die Beziehungen zu den Maghreb-Ländern

Zuständig für Baden-Württemberg

Ziele" - Ziele, die die Staaten dazu auffordern, ihre Souveränität an einen EU-Zentralstaat abzugeben, der unkontrollierte Migration nach Europa unterstützt.

Der Narrativ, den der Ausschuss im Diskurs weiter verfestigen möchte, ist, dass die Europäische Union ein Leuchtturm der Demokratie

der Teilnahme am parlamentarischen Betrieb behindert werden, trotz unserer Wahlerfolge und trotz des Wählerwillens.

Verachtung der Wähler

Es ist diese Verachtung der Wähler, die die Eurokraten so gefährlich macht. Ihr Traum von

Orwell in Brüssel: „1984“ war Warnung, nicht Anleitung!



**IDENTITÄT &
DEMOKRATIE**

Lars Patrick Berg

einer immer zentralisierteren Macht und ihr Wunsch, alternative Ideen zu unterdrücken, zementiert ihre dogmatischen Politikansätze, die gegenwärtig Gesellschaft und Wirtschaft erschüttern.

Tricksereien gegen die AfD

Um dem entgegenzuwirken, habe ich einige Änderungsanträge eingereicht. Natürlich wurden wir auch diesmal überstimmt. Und wie üblich wurden wir aus Gründen, die nicht weiter erläutert wurden, an der Einreichung eines Änderungsantrags gehindert. Man hat überdies beschlossen, uns die Ausarbeitung eines Berichts über die Arabische Halbinsel zu

verweigern, da wir die „europäischen Ideale des Ausschusses“ nicht teilten. Dies wurde ohne jede Ironie von einem sozialdemokratischen Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten erklärt. Ja, wir teilen deren Ideale tatsächlich nicht, denn es sind eben keine europäischen Ideale.

Hier der Link zu meinen Änderungsanträgen:
https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2020-0190-AM-006-016_EN.pdf



Grenzenloser Irrsinn

Weniger EU-Wahnsinn, mehr Nationalstaatlichkeit

von Dr. Nicolaus Fest

Das erste Jahr als Abgeordneter im EU-Parlament liegt hinter mir. Abseits der politischen Arbeit lassen sich die Haupteindrücke folgendermaßen zusammenfassen:

Grenzenlose Verschwendung

Die Verschwendung - oder richtiger: linke Klientelpolitik - ist grenzenlos. Jeder Unfug wird finanziert, beispielsweise eine Studie über die Situation schwuler, lesbischer oder transsexueller Muslime im deutschen Asylsystem. Kosten: 194.000 Euro. Und das ist nur ein ganz kleiner Fall! Es herrscht die große links-grüne Korruption, natürlich im Kampf für die gerechte Gesellschaft. Millionen gehen an zweifel-

EU-Agenturen sind im übrigen Teil des großen Korruptionsnetzes. Von wenigen Agenturen wie Frontex oder Europol abgesehen, sind die meisten überflüssige 'Parkplätze' für EU-Bürokraten mit metastasierenden Eigenleben zu immer mehr Personal und immer mehr angemessenen Rechten.

Grenzenlose Verachtung unserer Fraktion

Ebenfalls grenzenlos ist im EU-Parlament die Verachtung aller rechtlichen Regeln. Wie im Deutschen Bundestag gegenüber der AfD wird auch in Brüssel jede Geschäftsordnungsregel verletzt, wenn sich aus ihr irgendein Vorteil für



Dr. Nicolaus Fest

Ausschuss für Recht und Inneres

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Gender und Gleichstellung
(stellvertretendes Mitglied)

Japan-Delegation

Zuständig für Berlin, Hamburg und Brandenburg

hafte, oft winzige Nicht-Regierungs-Organisationen, deren wesentliche Qualifikation die freundschaftliche Nähe ihrer Leiter zu den Ausschussvorsitzenden sein dürfte. Verteilt wird das Geld von den EU-Agenturen, womit die Mittelvergabe der direkten Kontrolle des Parlaments weitgehend entzogen ist. Auch die

die konservative Seite ergeben sollte. Abstimmungen werden manipuliert, zwingende Gleichbehandlungsgrundsätze offen missachtet, Einsprüche nicht zur Kenntnis genommen. Die "Freiheit der Andersdenkenden" war noch

Nicolaus Fest

Linke EU-Klientel- politik ist grenzen- loser Irrsinn!



nie bei Linken zuhause; das gilt auch für das EU-Parlament.

Grenzenlose Dummheit

Unbegrenzt ist ferner die Zahl der Narren. Gilt der Grüne Anton Hofreiter im Bundestag als intellektueller Ausreißer nach unten, würde er im EU-Parlament eher als Normalmaß durchgehen. Auch bei den anderen Linksparteien der Eindruck: Wer im jeweiligen Heimatland für Politik zu dumm, ahnungslos oder radikal ist, wer im Studium wie im Arbeitsleben gescheitert ist und außer ein paar Einsätzen bei Flüchtlingshilfe oder Antifa nichts vorzuweisen hat, wird nach Brüssel entsorgt.

Immer neue Narreteien

Wo viele Narren, ist auch viel Narretei. Die wechselt im Wochenrhythmus: Klimanotstand, Genderwahn, Black Lives Matter, LGBTI - und über allem die ewige Diskriminierung von irgendwem irgendwann irgendwo: Der Frauen in Peru, der Homosexuellen in Uganda, der Muslime in Burma. Mit allem befasst sich das EU-Parlament, und das Ergebnis lautet immer: Alle sind irgendwie diskriminiert, nur der wei-

ße, christliche, europäische Steuerzahler nicht. Denn der muss für die Feldstudien zahlen, die diesen Debatten so sicher folgen wie der Donner dem Blitz.

Fazit

Die EU wäre eine gute Sache, wenn sie sich allein auf Binnenmarkt und jene Fragen konzentrieren würde, die nur oder besser überstaatlich zu regeln sind, wie Umweltschutz, Energieversorgung oder militärisches Beschaffungswesen. Für alles andere, Corona hat es überdeutlich gezeigt, ist der Nationalstaat besser geeignet, weil effektiver und näher am Menschen wie den Problemen. In genau diese Richtung weiterhin zu wirken, bleibt Ziel meiner Arbeit für die nächsten Jahren!



„Green Deal“ und große Transformation

Frontalangriff auf Wohlstand, Freiheit und Umwelt

von Dr. Sylvia Limmer

Bereits kurz nachdem die EU-Kommission um Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 27. November 2019 vom EU-Parlament bestätigt und damit formal ins Amt gewählt wurde, hat diese am 11. Dezember 2019 ihre Mitteilung „Der europäische grüne Deal“ als ihre zentrale politische Botschaft für die nächsten fünf Jahre aus dem Hut gezaubert. Vordergründig geht es darin um die angeblich nötige Rettung des Klimas. Tatsächlich soll mit dem radikalsten planwirtschaftlich orientierten Vorhaben seit dem Ende der Sowjetunion -

herrlich faktenbefreiten Unsinn dieser rotlackierten EU-Kommission ob z. B. ihrer propagierten „emissionsfreien Mobilität“. Überhaupt soll diese eingeschränkt werden mit wirksamen Straßenbenutzungsgebühren, einem auf den Straßenverkehr ausgeweiteten Emissionshandel und natürlich „strengerem Grenzwerten für Luftschadstoffemissionen von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor“. Das eher linksgerichtete Kieler Institut für Weltwirtschaft kommt in einer Einschätzung vom Juni dieses Jahres zu dem Schluss, dass ein Ausbau der



Foto: European Union, Vincent van Doornick

Dr. Sylvia Limmer

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Ausschuss für Industrie, Forschung und Innovation (stellvertretendes Mitglied)

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (stellvertretendes Mitglied)

Untersuchungsausschuss im Zusammenhang mit dem Schutz von Tieren beim Transport

Delegationen für die Beziehungen zu Israel und China

Zuständig für Bayern und Thüringen

diesmal eben nicht unter rotem, sondern unter grünem Vorzeichen - der ausufernde zentralistische Herrschaftsanspruch dieser Brüsseler EU-Machtelite weiter ausgebaut werden.

Einschränkung der Mobilität droht

Die im „Green Deal“ vorgestellten Maßnahmen haben es in sich. Und so vergeht einem schnell das Lachen über den hanebüchenern,

Elektroautos durch ihren zusätzlichen Stromverbrauch tatsächlich zu 73 % höherem Treibhausgasemissionen führen würde, weil Elektroautos de facto zu 100 % mit Kohlestrom fahren und daher Emissionen um die 300 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstoßen. Aber unbequeme Fakten blenden die selbsternannten EU-Granden schlicht aus. Sicherheitshalber hat das EU-Parlament in einer Resolution

A portrait of Sylvia Limmer, a woman with short grey hair and glasses, wearing a black blazer over a black and white striped top. She is standing with her arms crossed in an office setting with large windows in the background.

Green Deal: Frontalangriff auf Wohlstand, Freiheit und Umwelt!



**IDENTITÄT &
DEMOKRATIE**

Sylvia Limmer

vom 15. Januar 2020 den grünen Deal bestätigt und fordert zugleich das Ende des Verbrennungsmotors für Neuwagen ab 2040. Weiterhin sollen im Zuge „ambitionierterer Klimaschutzziele“ der bürokratische und sinnfreie Emissionshandel sowie die nicht grundlastfähige Wind- und Solarenergie ausgeweitet werden. Weiter steigende Energiepreise und eine zunehmend nicht mehr sicher zu gewährleistende Stromversorgung werden die Folgen dieser desaströsen grünen Ich-wünschmir-was-Politik sein. Spätestens dann, wenn Deutschland nicht mehr auf den für die Strom-

kunden exorbitante Kosten verursachenden, „bösen“ Kernenergie- und Kohlestrom seiner Nachbarländer zurückgreifen kann, wenn diese sich nach dem Willen der EU-Kommission haben gleichschalten lassen.

„Green Deal“ gegen die Landwirtschaft

Auch die Landwirtschaft ist ins Visier dieser verheerenden EU-Politik geraten. Ein ums andere Mal wird nicht nur im „Green Deal“ betont, dass die Landwirtschaft der Hauptverursacher einer zunehmenden Luft-, Wasser- und

Bodenverschmutzung sei, auf dessen Kappe auch die Bedrohung der Artenvielfalt gehe. In der Resolution vom Januar dieses Jahres hat sich das EU-Parlament mit einer geradezu beängstigenden Mehrheit für den „Green Deal“ ausgesprochen. Übrigens auch mit den Stimmen derjenigen EU-Abgeordneten von SPD, FPD und CDU/CSU, deren Parteikollegen in Deutschland bei jeder sich bietenden Gelegenheiten den Landwirten vorlügen, sie würden sich für deren Belange einsetzen. Es wird sich zeigen, welche gravierenden Auswirkungen diese agrarfeindliche Einstellung auf die anstehenden Verhandlungen zur gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) haben wird.

Bedrohliche Strategiepläne

Dem „Green Deal“ als Anhang beigefügt ist eine vierseitige Aufstellung mit angekündigten Strategieplänen und Verordnungen. Dass die Kommission Ernst macht mit ihrer geplanten allumfassenden Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zeigt die Tatsache, dass sie sich bislang an den selbst auferlegten Fahrplan in ihrer Auflistung hält. So werden derzeit die von der Kommission unter anderem veröffentlichten Strategiepläne „Vom Hof auf den Tisch“, „EU-Biodiversität“, „Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft“ im dafür zuständigen Umweltausschuss diskutiert. Leider kaum kontrovers, sieht man von den Stimmen unserer ID-Fraktion und vereinzelter Abgeordneter der EKR-Fraktion ab.

Neues Europäisches Klimagesetz

All das soll im sich derzeit im legislativen Prozess befindlichen Europäischen Klimagesetz verankert werden, in dem das übergeordnete Ziel einer - nicht klar definierten - Klimaneutralität 2050 verbindlich und „unumkehrbar“ (!) festgeschrieben werden soll. Dass der „Green Deal“ aber nicht wie unermüdlich behauptet, eitel Sonnenschein, Gesundheit, Wohlstand (nun, den gerade nicht) und die Rettung der Erde garantiert, sondern in erster Linie ungeheuerliche Kosten verursacht, wird in Zeiten einer Wirtschaftsrezession als Folge von COVID-19 natürlich nicht gern themati-

siert. Zumal das Ausmaß dieser Rezession noch lange nicht abgeschätzt werden kann. Nicht zuletzt deshalb wird die Taktfrequenz der Entscheidungen im maßgeblich für den Klimawahnsinn verantwortlichen Umweltausschuss (ENVI) massiv erhöht, obwohl das Parlament nach einer Entscheidung des EU-Parlamentspräsidenten im Quasi-Lockdown ins Home Office geschickt wurde. Man möchte sich eben nur ungern von der schnöden Realität einholen lassen. Die Kosten hierfür werden im „Green Deal“ vorsichtig mit 260 Milliarden Euro jährlich beziffert, die zusätzlich zu allen anderen Ausgaben anfallen. In einer kleinen Fußnote gibt selbst die EU-Kommission zu, dass diese Kostenabschätzung sehr konservativ sei, weil nur ein Teil der kostenverursachenden Maßnahmen berücksichtigt wurden. Selbstredend, dass Deutschland auch hier wieder seine Spendierhosen anhat.

Umweltschutz statt Klimaschutz

Der Klimawandel ist ein hochkomplexer Vorgang und seine treibenden Elemente sind von der Wissenschaft bislang in weiten Teilen noch unzureichend verstanden. Und es ist ein Fakt, dass man dem Klimawandel mit Anpassung, Forschung und marktwirtschaftlich begründeten Innovationen begegnen sollte. Fakt ist ebenso, dass dabei der konkrete, gegenwärtige und die Menschen unmittelbar betreffende Umweltschutz aufgrund eines utopischen, in die ferne Zukunft gerichteten Klimaschutzes immer mehr auf der Strecke bleibt.

Nach diesem für mich politisch gleichermaßen prägenden als auch verstörenden ersten Jahr als Abgeordnete in der Brüsseler Parlamentsenklave, die völlig losgelöst von ökonomischen und ökologischen Grundlagen, ja, sogar bar jeder Vernunft, agiert, kann ich daher aus tiefster Überzeugung sagen: ich beneide Großbritannien.



Wussten Sie, ...

... dass das EU-Parlament zu Jahresbeginn für das Ende des Verbrennungsmotors ab 2040 gestimmt hat?

Mit großer Mehrheit hat das Parlament dafür gestimmt, dass im Sinne einer „klimaneutralen Wirtschaft“ alle Neuwagen, die in der EU in Verkehr gebracht werden, ab 2040 nach Möglichkeit emissionsfrei sein sollten, um bis 2050 „Klimaneutralität“ zu erreichen.

Das hieße konkret, dass in 20 Jahren keine Neuwagen mit Verbrennungsmotor mehr zugelassen werden sollen – sondern eben nur sogenannte „emissionsfreie“.

Das bedeutete das Ende des Verbrennungsmotors – und somit des Herzens der deutschen Autoindustrie.

Auch die Abgeordneten der CDU/CSU und FDP, die sich allzu gerne als Verteidiger deutscher Arbeitsplätze in der Automobilindustrie gerieren, stimmten dafür.

Quelle:
https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/RC-9-2020-0040_DE.html?redirect



Mangelnde Mitbestimmung

EU-Kommission und Rat treffen wichtige Entscheidungen am Parlament vorbei.

von Guido Reil

In meinem Aufgabenbereich „Beschäftigung und Soziales“ waren für Deutschland zwei Punkte von besonderer Bedeutung.

Europäische Arbeitslosenversicherung

Eine Europäische Arbeitslosenversicherung ist da. In der deutschen Presse wird verkomplizierend von „Arbeitslosen-Rückversicherung“ gesprochen, um den Sachverhalt, nämlich dass Deutschland wieder einmal für alle zahlt, zu verschleiern. In der Brüsseler Terminologie heißt es SURE, wobei nicht klar ist, ob man

das weit über die eigentlichen Aufgaben der EU hinausgeht und auf eine EUdSSR hinarbeitet.

Am Parlament vorbei

Vor ihrer Wahl zur Kommissionspräsidentin hatte Ursula von der Leyen in ihrem 28-seitigen Programm, das mit der Kandidatin zusammen wie aus dem Nichts aufgetaucht war, erstmalig eine Europäische Arbeitslosenversicherung beworben. Auch in ihrer Antrittsrede sprach sie davon. Und nun musste die



Guido Reil

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Industrie und Forschung
(stellvertretendes Mitglied)

Delegation für die Beziehungen zu den Ländern der Anden-Gemeinschaft

Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung

Zuständig für Nordrhein-Westfalen

das englisch aussprechen soll in der Bedeutung von „sicher“ oder so wie die Koranverse. SURE steht für „temporary Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency“, also für „vorübergehende Unterstützung, um die Risiken von Arbeitslosigkeit während eines Noffalls abzufedern“. Abgesehen davon, dass EU-Akronyme auch schon mal griffiger waren, wurde mit SURE ein Instrument geschaffen,

Corona-Krise dafür erhalten, um diese umzusetzen. Mitte April, als es im öffentlichen Diskurs nur um Fallzahlen und den Lockdown ging, schlug die EU-Kommission dem Rat vor, ein befristetes Kreditprogramm zur Finanzierung von Kurzarbeit einzuführen. Das Parlament war an der Sache gar nicht beteiligt. Lediglich der Rat musste sein „Ok“ geben, was außerhalb jeglicher öffentlicher Debatte gere-

Guido Reil

EU-Parlament oft irrelevant: Auf dem Weg in die EUdSSR!



IDENTITÄT & DEMOKRATIE

gelt wurde. Nun dürfen die Mitgliedsstaaten Darlehen zur Finanzierung ihrer Kurzarbeiter bei der Kommission beantragen, die durch Anleihen am Kapitalmarkt finanziert werden. 100 Milliarden sind dafür vorgesehen, die zu einem Großteil an Frankreich und Italien gehen.

Belohnung von Misswirtschaft

Die EU hat einen weiteren Bail-out-Mechanismus geschaffen für Staaten, die schlecht gewirtschaftet oder ihre Steuern nicht eingetrieben haben.

Weil das Parlament gar nicht am Rechtssetzungsverfahren beteiligt war, blieb als einziges Instrument die parlamentarische Anfrage, die in der Regel herzlich wenig bewirkt. Ich habe die Kommission trotzdem gefragt, warum sie für die Implementierung von SURE eine offensichtlich falsche Rechtsgrundlage heranzieht, die im Widerspruch zu der bisherigen Praxis und zu der ständigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes steht. Eine Antwort werden wir frühestens in vier bis fünf Wochen haben. Viel verspreche ich mir leider nicht davon.

Interessant für Deutschland ist auch, dass in meinem Ausschuss EMPL (Arbeit und Soziales) gerade über die schlechten Arbeitsbedingungen der Saisonarbeiter und Arbeitsmigranten in der EU gesprochen wird. In diesem Punkt sind sich alle einig, bei der Frage, warum das so ist, keineswegs.

Pflegearbeit aufwerten

Ich habe betont, dass die ungezügelte Arbeitnehmerfreizügigkeit eine der Hauptursachen für Lohn-Dumping und Ausbeutung innerhalb der EU ist. Von den zehn Millionen EU-Arbeitsmigranten waren im Jahr 2018 fast eine Million im Gesundheitsbereich tätig, 300.000 davon in Deutschland. Ohne sie würde unser Pflegesystem zusammenbrechen. Ihre Arbeit muss dringend aufgewertet werden. Die Corona-Krise hat sehr deutlich gezeigt, dass sie systemrelevant sind. Angesichts der demographischen Entwicklung, die uns in Deutschland bevorsteht, werden wir auch in Zukunft auf sie angewiesen sein und sollten das entsprechend anerkennen.



Fehlender Blick auf die eigenen Probleme

Die EU verschenkt Milliarden an Drittstaaten.

von *Bernhard Zimniok*

Die EU hat verschiedene Hilfsprogramme für Drittstaaten, also Staaten außerhalb der EU, aufgelegt, um sie im Kampf gegen die Corona-Pandemie zu unterstützen. Ein Beispiel ist das im April verabschiedete „Team Europe“-Programm, das Drittstaaten in Afrika, aber auch im Pazifik, Lateinamerika und in der Karibik unterstützt - mit schlappen 19,7 Milliarden Euro. Dabei wurden bereits bestehende Fonds angezapft, aber auch zusätzliche Mittel freigegeben. Lediglich 3 Milliarden werden tatsächlich dazu eingesetzt, die lokalen Gesund-

36 Milliarden Euro für Drittstaaten

Über die Sinnhaftigkeit von „grünen Investitionen“ in Afrika und Co. möchte ich mich lieber nicht auslassen.

Mittlerweile sind die Hilfen für Drittstaaten auf 36 Milliarden Euro angewachsen. Ostafrika werden bspw. 765 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, wovon lediglich 285 Millionen zur Stärkung der Gesundheitssysteme genutzt werden.



Foto: European Union, Vincent van Doornick

Bernhard Zimniok

Entwicklungsausschuss (Sprecher der Fraktion)

Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten (stellv.)

Delegation für die Beziehungen zu den Maschrik-Ländern

Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung

Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum

Zuständig für Bayern und Mecklenburg-Vorpommern

heitssysteme entsprechend zu stärken. Der Großteil der Mittel wird jedoch zur Bekämpfung der „ökonomischen und sozialen Folgen“ eingesetzt. Als eines der hierunter fallenden Beispiele wird das Folgende genannt: „Sicherstellen, dass Unternehmen wieder in der Lage sind, längerfristige Investitionen zu finanzieren, so dass sich die Volkswirtschaften in einem grünen und integrativen Modus erholen können.“

Ein generelles Problem, das in den Ausschusssitzungen keiner der anwesenden Kommissionsvertreter auszuräumen vermochte, weshalb ich eine detaillierte Anfrage an die Kommission gestellt habe, ist die Grundlage der für die Hilfen verwendeten Daten sowie logistische und organisatorische Fragen. Welche Zahlen wurden als Grundlage für die Zahlung der Hilfe genutzt? Wer hat diese Daten erhoben und übermittelt? Wer wird die Milliarden von

Bernhard Zimniok

EU verschenkt Milliarden an Drittstaaten!



**IDENTITÄT &
DEMOKRATIE**

Euro in den Ländern erhalten, wo werden sie nach welchen Kriterien und von wem eingesetzt? All diese Fragen sind von hoher Bedeutung, um ein Versickern der Mittel in korrupten Kanälen zu verhindern - wie es bei der Entwicklungshilfe quasi Standard ist.

Einzig für Afghanistan stehen konkrete Zahlen zur Verfügung. So werden diesem Land 117 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, wovon 50 Mio. Euro für die Stärkung des Gesundheitssystems verwendet werden. 15 Mio. Euro werden zur direkten medizinischen Unterstützung eingesetzt. Darüber hinaus ist die Rede von einer Unterstützung der besonders Schwachen und Betroffenen, wie Schwangeren, Kindern und Vertriebenen. Besondere Aufmerksamkeit wird afghanischen Gastarbeitern geschenkt, die aus dem Iran und Pakistan zurückkehren.

Zusätzlich wurden 2020, unabhängig von Corona, 80 Mio. für Afghanistan zur Verfügung gestellt. Afghanistan ist eines der Länder, die von der „humanitären Luftbrücke“ der EU profitieren sollen. Dabei werden Tausende Tonnen von Hilfsgütern - Schutzkleidung, medizinisches Material etc. - in die entsprechenden Länder geliefert.

Falsche Prioritäten

In Deutschland sind nach wie vor die Hausärzte, zumindest für Bayern kann ich das persönlich bestätigen, nicht mit entsprechender Schutzkleidung ausgestattet, weshalb sie keinerlei Corona-Tests und Hausbesuche zu Betroffenen durchführen können. Es darf stark bezweifelt werden, dass das in anderen, noch deutlich stärker betroffenen Ländern wie Frankreich oder Italien anders aussieht. Dass Drittstaaten Hilfe gewährt wird, bevor die eigene Bevölkerung adäquat versorgt wird, ist nicht akzeptabel. Immerhin stammt das Geld auch von den Steuerzahlern der EU. Auch ist es äußerst fragwürdig, wieso die Hilfen nicht an bestimmte Konditionen geknüpft wurden, bspw. die Rücknahme von illegalen Migranten, die nach Deutschland eingereist sind und deren Rücknahme oft von den Herkunftsländern verweigert wird.

Es ist also zu konstatieren, dass die EU wie immer nur Hilfe für andere im Blick hat, dabei aber die eigenen Probleme und die eigene Bevölkerung vernachlässigt.



Fraktion Identität & Demokratie im EU-Parlament

gegründet 2019

Fraktionsvorsitzender: Marco Zanni (Italien)

stellvertretende Fraktionsvorsitzende: Jörg Meuthen (Deutschland) und Nicolas Bay (Frankreich)

Mitglieder der Fraktion

AfD (Alternative für Deutschland)	Deutschland	11 Abgeordnete	
Lega	Italien	29 Abgeordnete	
RN (Rassemblement National)	Frankreich	21 Abgeordnete	
VB (Vlaams Belang)	Belgien	3 Abgeordnete	
FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs)	Österreich	3 Abgeordnete	
SPD (Svoboda a přímá demokracie)	Tschechien	2 Abgeordnete	
PS (Perussuomalaiset)	Finnland	2 Abgeordnete	
DF (Dansk Folkeparti)	Dänemark	1 Abgeordneter	
EKRE (Esti Konservatiivne Rahvaerakond)	Estland	1 Abgeordneter	
PVV (Partij voor de Vrijheid)	Niederlande	1 Abgeordneter	
unabhängig	Frankreich	2 Abgeordnete	

Herausgeber:

Fraktion Identität & Demokratie im EU-Parlament
Deutsche Delegation
ATR 00 L 026
BE - 1047 Brüssel

V.i.S.d.P.: Tomasz Froelich

Kontakt: tomasz.froelich@europarl.europa.eu

Stand: Juli 2020

www.id-afd.eu

Folgen Sie uns auch auf:

 www.facebook.com/AfDimEUParlament

 <https://twitter.com/AfDimEUParl>

 <https://www.instagram.com/afdimeuparlament/>

 <https://t.me/afdeu>

 <https://www.youtube.com/channel/UCmzLzl-ROdjxWtBOuJTelug>